

Der Chemie-Werker

Betriebszeitung Merck der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) - Juni 2009

Kurzarbeit bei Merck

Dr. Kley und die „soziale Marktwirtschaft“

Am 28.3.2009 waren es noch knapp 60.000, die in Frankfurt und Berlin demonstriert hatten. An den 1. Mai-Kundgebungen des DGB hatten sich schon deutlich mehr Menschen beteiligt als im Vorjahr. Und jetzt haben 100.000 in Berlin den Herrschenden deutlich gemacht: „Wir zahlen nicht für Eure Krise“. Die ErzieherInnen machten mit ihrem bundesweiten Warnstreik darauf aufmerksam, dass sie bereit sind, mit einem unbefristeten Streik für ihre Forderungen zu kämpfen. Da geht es nicht nur um Gesundheitsschutz und Bezahlung. Da geht es um die Frage, welchen Stellenwert hat Arbeit in dieser Gesellschaft.

Auch um die chemische Industrie macht die Krise keinen Bogen. So sind auch bei Merck am Standort Gernsheim 300 Kolleginnen und Kollegen von Kurzarbeit betroffen. Vorerst.

Die Dihydroxyaceton (DHA)-, die Perglanz – und die Flüssigkristallproduktionen stehen vor großen Zukunftsproblemen. „Die Verkäufe bei den Pigmenten sind in den vergangenen Monaten ganz erheblich eingebrochen, und gleichzeitig stieg das Vorratsvermögen“ erläutert Dr. Andreas Kruse, Leiter Operation Chemicals in der Merck-Publikation „pro Deutschland“. Schöner kann man das Problem kapitalistischer Überproduktionskrisen nicht ausdrücken. Der Kampf um Marktanteile führt zu gewaltiger Überproduktion. Es wurde zu viel produziert, gemessen an der kaufkräftigen Nachfrage. Die Produktion muss nun zurückgefahren werden. Kurzarbeit und im schlimmsten Falle Entlassung und Werksschließungen sind die Folge. Krisenbewältigung ist auch Marktberreinigung. Wer wen frisst, ist noch offen.

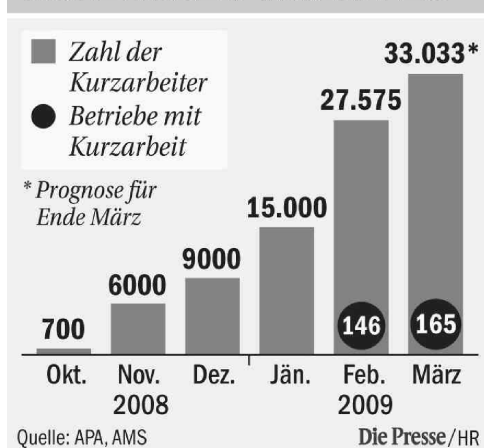
Ähnlich wie in der PKW Branche wurde auch in der DHA, in der Flüssigkristall – und der Perglanzproduktion mit steigender Produktivität die Grundlage der Kapitalverwertung untergraben. Riesige Vorratsmengen türmen sich in den Lagern und bei den Kunden auf. Sie müssen – das sind kapitalistische Gesetze – nun erst wieder vernichtet werden. Ehe es – so wie vorher – weitergeht ?

Die Kosten der Kapitalvernichtung von DHA und anderen Produkten sollen die Beschäftigten zahlen. Daher auch bei Merck unbezahlte Arbeitszeitverkürzungen, weitere Intensivierung der Arbeit. Leitbild hin oder her – die Profitrate von Merck muss steigen. Karl-Ludwig Kley, der Vorsitzende der Geschäftsleitung, wurde auf der Merck-Hauptversammlung sehr deutlich: Eine angemessene Verzinsung von Risikokapital sei eine der Grundlagen „unserer Unternehmensverfassung“ und der sozialen Marktwirtschaft, sagte er unter Beifall der Aktionäre. Und daran sollte man nicht rütteln, auch wenn es der Zeitgeist fordert. Die

Forderung „Jobs statt Dividende“ lehne er als „stimmenmaximierenden Wahlkampf“ ab.



KURZARBEIT NIMMT ZU



Weiter auf Seite 4

40 Jahre 
DKP

In dieser Ausgabe:

Seite 1: Dr. Kley und die soziale Marktwirtschaft

Seite 2: Französische Conti-Arbeiter besetzen Fabrik

Seite 3: DKP kandidiert zur EU-Wahl

Seite 4: Echo-Mitarbeiter fürchten um ihren Arbeitsplatz

Französische Conti-Arbeiter aus Clairoux besetzten Conti-Fabrik in Sarreguemines

"Sie haben es mit kämpfenden Werkstätigen zu tun"



Französische Conti-Arbeiter aus dem nordfranzösischen Conti-Werk Clairoux besetzten am 6. Mai das Conti-Werk im ostfranzösischen Sarreguemines. "Wir wollen Druck auf die französische Conti-Führung machen, um neue Verhandlungen zu erreichen", sagte Stéphane Bacquet von der Gewerkschaft CFE-CGC im Sender Europe-1.

Bis zu 400 Beschäftigte aus dem von der Schließung bedrohten Werk in Clairoux nördlich von Paris waren nach Sarreguemines gefahren. "Wir sind bereit, überall hinzugehen" sagte Xavier Matthieu von der Gewerkschaft CGT.

Das Reifenwerk in Clairoux mit 1.120 Beschäftigten soll im kommenden Jahr, wie das Werk in Hannover-Stöcken geschlossen werden. Nachdem ein Gericht die Klage der Belegschaft gegen den Schließungsplan abgewiesen

hatte, stürmten die Beschäftigten vor zwei Wochen bereits ein Verwaltungsgebäude und das Empfangsbüro ihres Werkes. Die Fabrik ist seitdem wegen "Sicherheitsbedenken" geschlossen.

Eigentlich wollten die Continental-Arbeiter aus dem nordfranzösischen Clairoux an jenem Tag nach Aachen fahren, um vor dem deutschen Reifenwerk gegen die Schließungspläne des multinationalen Konzerns zu protestieren. Sie meldeten sich dazu beim Betriebsrat im Conti-Werk Aachen an. Die Folge war, dass vor dem Aachener Werk ein riesiges Polizeiaufgebot wartete: Mit mindestens 20 Fahrzeugen waren die Ordnungskräfte aufgefahren, vor dem vollständig abgeriegelten Parkplatz patrouillierte berittene Polizei, in Spezialwagen bellten Hunde, vor dem Werkstor stand die Betriebsfeuerwehr bereit, und jede Menge Beamte in Zivil. Denn, was sich seit einigen Wochen und Monaten in Frankreich abspielt, das soll in Deutschland im Keim erstickt werden. Die Hüter von "Ruhe und Ordnung" warteten mehrere Stunden lang auf die Arbeiter aus Clairoux.

Am 6. Mai machten sich frühmorgens die Beschäftigten aus Clairoux mit 60 Autos auf den Weg. Während in Aachen noch Polizeikräfte auf sie warteten, waren sie längst im französischen Continental-Werk von Sarreguemines (Saargemünd) eingetroffen. Die deutschen Kollegen hatten die Protestkundgebung vor dem Werk in Aachen abgesagt, deshalb habe man umdisponieren müssen, sagten die Streikenden. Sie knackten die Schlösser der Werkstore, und mit dem Schlachtruf: "On est chez nous" (Wir sind bei uns) und "Continental Solidarité", stürmten sie das Betriebsgelände. Einige der dort Beschäftigten verließen die Hallen und gesellten sich zu ihren kämpferischen Kollegen aus Clairoux. "Ihr seid die nächsten, die entlassen werden, schließt euch unserem Kampf an!", rief ihnen Xavier Mathieu zu.

In den Nebenstraßen vor dem Werk waren die Einsatzfahrzeuge und Mannschaftswagen der nationalen Polizei CRS geparkt. Hinter dem geschlossenen Tor der Werkseinfahrt brannte ein großer Stapel Reifen und strahlte bis zehn Meter Entfernung sengende Hitze aus. Eine dicke, schwarze Rauchfahne, die vom Continental-Werk aufstieg und vom lebhaften Wind nach Osten getragen wurde, machte deutlich: "Dieses Werk ist besetzt." Der Aachener Betriebsratsvorsitzende von Continental, der auch Vorsitzender des europäischen Konzernbetriebsrates ist, wird in der Presse zitiert, er wolle in der durch die Betriebsbesetzung in Sarreguemines angespannten Lage keine Gespräche mit den Besetzern führen: "So etwas sind wir nicht gewohnt." Auf einem bedruckten T-Shirt der Streikenden steht: "Continental Patrons voyoux" - Continental Besitzer Halunken! Der Reifenkonzern hatte selber mit neuen Werken - wie beispielsweise in Rumänien - Überkapazitäten geschaffen, und dann mit einem "Standortwettbewerb" die Arbeiter gegeneinander ausgespielt. Mit einer Standortgarantie bis ins Jahr 2012 wurden die Arbeiter von Clairoux vor zwei Jahren dazu gezwungen, für den gleichen Lohn länger zu arbeiten. Inzwischen beginnt die Continental wegen der Überkapazitäten Werke zu schließen. Nachdem die Fabrikbesetzer einen ersten Terminvorschlag ablehnten, nahmen sie später einen Termin für den 12. Mai in Hannover an und begannen mit der Conti-Führung das Werk zu verlassen. In Hannover auf der Protestkundgebung vor der Hauptversammlung der Continental hatte Xavier Mathieu den deutschen Kollegen beispielgebend zugerufen: "Die Stilllegung eines Betriebs ist kein Schicksal, das ist eine Wahl, eine menschenunwürdige und unannehmbare Wahl, die einen einzigen Grund hat, mehr Geld zu gewinnen.

Wir können sie durch Kampf dazu zwingen, dass ihr Vorhaben scheitert, dass sie eine andere Wahl treffen, ... Ausschlaggebend ist das Kräfteverhältnis zwischen ihnen und uns. (...) Wir haben nichts zu verlieren. Die Opfer, die dieser Kampf von uns fordern wird, sind nichts gegen die Opfer, die uns für den Rest unseres Lebens von unseren Bossen und ihren Handlangern, ihren offenen und versteckten Verbündeten aufgezwungen werden. (...) Sie wollten uns das Rückgrat brechen und wie die Schafe zur Schlachtbank führen. Aber nein, sie haben es mit kämpfenden Werkstätigen zu tun, die ihrem Schicksal die Stirn bieten."

Wolfgang Teuber

aus: UZ - Zeitung der DKP - vom 22.05.09



Die Europäische Union demokratisieren

Georg Fülberth über die Kandidatur der DKP zur EU-Wahl

Das "Marburger Echo", die Zeitung der DKP Marburg, veröffentlichte in ihrer Mai-Ausgabe ein Interview mit Prof. Dr. Georg Fülberth, der Kandidat auf der Liste der DKP zu den Europawahlen ist. Wir geben im folgenden das Interview im Wortlaut wieder.

Marburger Echo: Georg Fülberth - du kandidierst für die DKP zum Europäischen Parlament. Meinst du, du wirst gewählt?

Georg Fülberth: Nein.

Marburger Echo: Und warum kandidierst du dann?

Georg Fülberth: Ich bin froh, dass die DKP mit dieser Kandidatur wieder sichtbar wird. Es ist ja nicht so leicht für uns, unsere politische Existenz nach außen deutlich zu machen. Mit dem "Marburger Echo" allein schaffen wir das nicht. Die Wahl ist eine solche Chance größerer Außenwirkung für uns. Dabei ist diese Kandidatur schon jetzt für uns ein Kraftakt gewesen. Wir mussten Unterstützungs-Unterschriften sammeln. Das ging dann doch leichter, als wir zunächst angenommen hatten. Wir haben in relativ kurzer Zeit 7.500 Unterschriften bekommen - weit mehr, als wir gebraucht hätten.

Marburger Echo: Schafft diese Kandidatur nicht Probleme mit der Partei "Die Linke"?

Georg Fülberth: Ich verstehe die Frage nicht.

Marburger Echo: Das ist doch eine Konkurrenz-Situation.

Georg Fülberth: Na und? Es gibt mehrere nichtkommunistische Parteien, die zur Europa-Wahl antreten. "Die Linke" ist eine davon.

Marburger Echo: Ist Stimmenzersplitterung auf der Linken nicht ein Übel?

Georg Fülberth: "Die Linke" wird deutlich über fünf Prozent kommen, egal, wie viele Promille die DKP erhält. Es kommt jetzt darauf an, zu zeigen, dass es erst jenseits der Partei "Die Linke" politisch interessant wird.

Marburger Echo: Aber du bist doch Mitglied der Fraktion "Marburger Linke".

Georg Fülberth: Das ist kein Problem.

Marburger Echo: In den Fällen Pit Metz und Christel Wegner hat die Partei "Die Linke" aber gezeigt, dass sie mit

Kommunist(inn)en nichts zu tun haben will.

Georg Fülberth: In der Kommunalpolitik können die sich das im Westen immer noch nicht leisten. Man fährt im Umgang mit dieser Variante der Sozialdemokratie am besten, wenn man sich keine Illusionen macht. Oberhalb der Gemeinde-Ebene kandidieren wir Kommunistinnen und Kommunisten selbstständig, wenn wir die Kraft dazu haben.

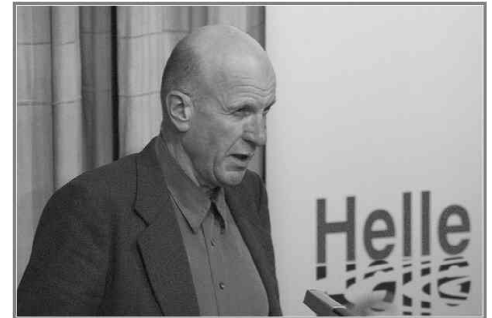
Marburger Echo: Die Europäische Union ist ein Europa des Kapitals. Wer für ihr Parlament kandidiert, erkennt sie damit an. Sollte die DKP sich nicht heraus halten?

Georg Fülberth: Nein. Marx und Engels hätten über eine solche Frage laut gelacht. In der Revolution von 1848/49 kämpften sie für eine deutsche Republik. Das scheiterte. Stattdessen vollzog Bismarck eine so genannte "Revolution von oben": Deutschland wurde als halbabsolutistischer Staat geeinigt. Marx und Engels hat das nicht geschmeckt, aber ihnen war von Anfang klar, dass die Arbeiterbewegung jetzt auf dem neuen Boden kämpfen müsse - nicht um das Deutsche Reich wieder aufzulösen, sondern um es zu demokratisieren.

Marburger Echo: Aber das Europäische Parlament hat doch gar nichts zu sagen.

Georg Fülberth: Genau wie der Deutsche Reichstag 1871-1919. Der konnte ein paar Gesetze machen, hatte keinen Zugriff auf die direkten Steuern, und die Zusammensetzung der Regierung wurde nicht von ihm bestimmt. Ein wichtiges Ziel muss jetzt die Demokratisierung der Europäischen Union sein. In seinem jetzigen Zustand ist das Europäische Parlament ein Kapaun: fett (saftige Diäten), faul und impotent. Deshalb sammelt sich dort auch das entsprechende Personal. Übermächtig ist die Exekutive: die letztlich von den Regierungen der Einzelstaaten dirigierte Europäische Kommission. Das muss sich ändern.

Marburger Echo: Überschätztst du da



Georg Fülberth, geboren 1939, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Er hat sich als Wissenschaftler und politischer Publizist einen Namen gemacht durch zahlreiche Bücher und Zeitschriftenbeiträge

nicht die Möglichkeiten politischer Institutionen? Das Kapital macht doch sowieso weltweit, was es will. Stichwort "Globalisierung" ...

Georg Fülberth: Geh´ mir doch weg mit dieser Wortblase. Die angeblich unaufhaltsame Entfesselung der Märkte ist selbst ein Ergebnis von Politik. Deren einzelne Maßnahmen lassen sich aufzählen. 1973 wurden die festen Wechselkurse aufgekündigt, der "Big Bang" an der Londoner Börse 1986 hob wichtige Beschränkungen des Aktienhandels auf. Das waren entweder politisch veranlasste oder von den Regierungen bewusst hingenommene Entscheidungen, die man damals hätte verhindern können.

Marburger Echo: Ja damals ... Jetzt ist aber das Kind in den Brunnen gefallen und kann nicht wieder herausgeholt werden.

Georg Fülberth: Wieder falsch. Sag´ mal: Lernt man solchen Unsinn eigentlich neuerdings, wenn man in Marburg Politikwissenschaft studiert? Seit es den Euro gibt, ist in seinem Währungsgebiet keine Devisenspekulation mehr möglich. Ein Wirtschaftsblock Europa könnte eine einheitliche Steuer- und Sozialpolitik im Interesse der bislang Schwachen betreiben. Die EU-Kommission macht das gerade Gegenteil davon. Ist sie einmal demokratisiert, könnten andere Mehrheiten im Europäischen Parlament eine Wende bringen. Das ist Zukunftsmusik, aber sie wird jetzt von der DKP mit ihrer Kandidatur angestimmt.

Fortsetzung von Seite 1

Darmstadts wirtschaftlicher Leuchtturm machte jahrelang alle glücklich. Politiker, Beschäftigte, die so genannten Sozialpartner, Familie und Aktionäre priesen gemeinsam das „hohe Lied“ der sozialen Marktwirtschaft am Beispiel Merck. Das stets öffentlich bekundete Motto „unternehmerischen Erfolg beginnt beim Menschen“ zeigt sich in Krisenzeiten als das was es immer schon war: eine nette Floskel.

Betriebsrat und Gewerkschaft IG BCE haben mit der Geschäftsleitung Regelungen zur Kurzarbeit vereinbart, die, wie das Geschäftsleitungsmitglied Bernd Reckmann im „Darmstädter Echo“ betont, „sehr pragmatisch und in der Merck'schen Kultur mit den Sozialpartnern getroffen“ wurden. Heiner Wilhelm, Konzernbetriebsratsvorsitzender äußert sich ebenfalls zufrieden und sieht das Verhandlungsergebnis sich deutlich von anderen Unternehmen abheben. Fakt ist aber: Zahlen sollen die Beschäftigten – während Aktionäre sich über gestiegene Dividenden freuen können.

Wie lange diese Vereinbarungen halten und welcher Preis für sie bezahlt wurde wird die Zukunft zeigen. Dies gilt auch für die Frage ob die Kurzarbeit ausgeweitet wird.

Eins ist allerdings klar: Mit dem toten Gaul Sozialpartnerschaft werden keine neuen Wege beschritten werden können, mit welcher verkündeter Kraftmeierei auch immer. Ohne eine Strategie des Widerstandes wird diese Gewerkschaft ihre Glaubwürdigkeitskrise nicht überwinden und nicht an Einfluss gewinnen.

Das Internetportal zur EU-Wahl:

www.kommunisten.eu



„Echo“-Mitarbeiter brauchen Solidarität

Neues Druckzentrum ohne Tarifbindung?

Die Druckstandorte des „Darmstädter Echo“ und der „Allgemeinen Zeitung Mainz“ sollen im Juni 2010 geschlossen werden. Damit sind rund 450 Beschäftigte aus Druckerei, Weiterverarbeitung und Betriebsinstandhaltung von Verlust des Arbeitsplatzes betroffen. Gemeinsam mit der Verlagsgruppe Rhein Main (VRM) wollen die Verleger und Geschäftsführer des „Darmstädter Echo“ (Medienhaus Südhessen), Hans-Peter Bach und Horst Bach, seit 1.1.2008 im Ruhestand, im Rüsselsheimer Gewerbegebiet „Blauer See“ ein neues Druckzentrum bauen. Die Maschinen für Druckerei und Weiterverarbeitung sind bereits bestellt – rund 100 Millionen Euro sollen seitens Medienhaus Südhessen investiert werden. Beide Zeitungsverlage werden ihre Druckhäuser in Darmstadt und Mainz-Mombach schließen. Rund 150 Darmstädter und 300 Mainzer Drucker, Aushilfen, Helfer und Mitarbeiter der Betriebsinstandhaltung und Weiterverarbeitung (alle in der Echo Druck und Service GmbH beschäftigt) werden ihren Arbeitsplatz verlieren, werden gekündigt, und haben die Möglichkeit sich um einen Arbeitsplatz im neuen Druckzentrum bewerben zu dürfen (auch bereits eingesetzte Leiharbeiter). Außerdem ist zu vermuten, dass auch ein wesentlicher Anteil an Leiharbeitern im neuen Druckzentrum eingesetzt werden soll.

Die meisten der Betroffenen sind über 40 Jahre alt. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für eine Hilfskraft oder eine Fachkraft in diesem Alter tendieren gegen Null. Im Dezember 2008 war zu hören, dass insgesamt noch etwa 200 Beschäftigte in Rüsselsheim gebraucht werden sollen. Durch die höhere Automatisierung im Rotations- und Weiterverarbeitungsbereich befürchten Betriebsräte, dass noch weniger Fachkräfte eingesetzt werden und die Zahl der Helfer fast auf Null zurückgefahren wird. Für die Zukunft der restlichen Abteilungen in der Echo Druck und Service GmbH, so wurde noch im Dezember 2008 seitens technischer Leitung und Personalleitung kommuniziert, überlege man eine Übernahme in eine bereits bestehende GmbH oder die Neugründung einer GmbH.

Im März 2009 kamen Gerüchte auf, wonach weitere technische Bereiche geschlossen werden sollen. Dies wurde jedoch von Verleger Dr. Hans-Peter Bach dementiert. „... man überlege noch!“ Jetzt, acht Wochen später, wurde dem Betriebsrat erklärt, dass man diese technischen Bereiche (es soll durch Fremdvergabe günstiger produziert werden) und die restlichen Abteilungen Druckereibüro, Warenannahme, Materiallager und Fuhrpark auch schließen will.

Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute fordern die Tarifbindung im neuen Druckzentrum! Beide Verlage wollen sich der Tarifbindung, dem Tarifvertrag der Druckindustrie, entledigen! Im Klartext heißt das: Gehaltsstruktur, Arbeitszeit, Schichtzuschläge, Urlaubstage und Maschinenbesetzungsregeln und andere tariflich gebundene Rechte sollen künftig nach „Gutsherrenart“ durch die Geschäftsführung bestimmt werden. Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut, das über Jahre erkämpft werden musste. Unternehmen, die sich von der Tarifbindung verabschieden, wollen das Rad rückwärts drehen ins letzte Jahrhundert. Gewerkschaften und ihre erkämpften Tarifverträge gehören zu den demokratisch gewachsenen Strukturen, untrennbar zu den Stützpfälern, zum sozialen Gleichgewicht unserer Republik, die es gilt beizubehalten und nicht über Bord zu werfen. Die Betriebsräte beider Firmen führen mit ihren Anwälten und ver.di-Sekretären getrennte Verhandlungen mit den jeweiligen Geschäftsführungen über Interessenausgleich und Sozialplan. Die Gewerkschaft ver.di wird parallel dazu einen Sozialtarifvertrag anstreben.

Am 26. Mai 2009 hat sich im Darmstädter DGB-Haus ein Solidaritätskomitee gegründet. In Planung sind öffentlichkeitswirksame Aktionen und Informationsveranstaltungen. Ziel ist es auch den Verleger Peter Bach, pikanterweise der derzeitige IHK-Präsident, öffentlich mit seiner unsozialen Politik zu konfrontieren.

Die DKP wird die Beschäftigten des „Echo“ in ihrem berechtigten Kampf unterstützen. Nähere Infos zu Aktionen und weitere Infos beim Kreisvorstand.

Internet und E-Mail

Partei Vorstand der DKP

www.dkp.de

dkp.pv@t-online.de

Unsere Zeit - Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

DKP Darmstadt

www.dkp-darmstadt.de

info@dkp-darmstadt.de

Impressum

DKP Darmstadt - Dieburg

LinksTreff Georg Fröba

Landgraf-Philipps-Anlage 32;
64283 Darmstadt

Tel.: 06155-64998

Fax: 06155-65672

E-Mail: info@dkp-darmstadt.de

Spendenkonto: 107 562 62

SEB Bank Offenbach BLZ: 505 101 11

V.i.S.d.P.: Rainer Keil, Darmstadt